




In diesem Magazin können Sie auch den aktuellen Unzensiert-Song anhören und herunterladen. Zu finden auf Seite 19.

FÜR FRIEDEN
UND FREIHEIT
WELTWEIT!



Wir sind an einem entscheidenden Punkt

■ Es gibt ein Sprichwort: „Die, die an die Macht kommen, verlieren das Gedächtnis“. Genau das erleben wir seit Jahren. Jüngstes Beispiel: ein Kanzler, der alle Versprechen vor der Bundestagswahl nach der Wahl vergessen hat. Auch sein Vorgänger war von Erinnerungslücken geplagt, wie wir wissen. Und wenn wir weiter zurücksehen, dann denkt man mit Wehmut daran, was Grün einmal bedeutete. Wer einmal den Duft der Macht schnupperte, wird offensichtlich süchtig.

Nun sind wir an einem entscheidenden Punkt angelangt. Ohne eigenes Zutun zieht die AfD den Restparteien in atemberaubendem Tempo davon. In den östlichen Bundesländern ohnehin, aber so langsam auch im Westen. Die Bevölkerung merkt immer mehr, dass sie von den aktuell Regierenden nichts mehr zu erwarten hat. Die sogenannten Volksparteien haben ihr Volk verloren. Zumindest senden sie keinerlei Signale aus, die den Menschen in irgendeiner Weise Hoffnung für die Zukunft machen wür-

den. Die immensen Schulden, die als „Sondervermögen“ deklariert werden, bringen keine Entlastung für die Wirtschaft, nicht für die Familien, nicht für die Renten- und Kranken- oder Pflegeversicherung, ja nicht einmal für die Infrastruktur. Allein die Rüstungsindustrie profitiert – und die Ukraine. Böse Zungen sagen, Friedrich Merz ist der beste Kanzler, den die Ukraine je hatte. Wie anders ist zu verstehen, dass Außenminister Wadepful den 90-Milliarden-Kredit der EU verdoppeln will. Und wer das überwiegend bezahlt, dürfte wohl klar sein.

Die Bürger verstehen nicht mehr, was die Politiker antreibt. Und so ist es logisch, dass sich viele eine Veränderung wünschen. Eine Veränderung, für das Land, für die Menschen, für die nächsten Generationen. Da ist es wenig hilfreich, den Jungen anzudrohen, dass sie zukünftig nicht mehr viel aus der Rentenkasse zu erwarten haben und künftig bis 70 arbeiten sollen. Wer sich heute mit 60 noch um eine Stelle bemüht, bekommt ohnehin nur Absagen.

So wird die Hoffnung auf Veränderung an der AfD festgemacht. Aber diese Grundsanierung des Staates wird eine Herkulesaufgabe, die erst einmal bewältigt werden will. Die AfD kann das nicht allein gegen den Rest des Parteienkartells. So wäre es nicht zum Nachteil der Republik, wenn es eine weitere Oppositionspartei im Bundestag geben würde, die diesen Namen auch verdient, denn nicht bei allen, wo Opposition draufsteht ist Opposition drin. Das BSW lässt grüßen. Doch fast wichtiger noch ist der Umstand, dass auch in der AfD der Geruch der Macht verführerisch sein wird. Und Hand aufs Herz: Wird sie für einen Austritt aus der NATO plädieren, ein souveränes Deutschland fordern, das nicht am Rockzipfel der USA hängt, oder sich gegen Israels Gaza- und Libanon-Politik aussprechen, Machtbegrenzung und Basisdemokratie einführen?

Und hoffentlich erinnern sich dann alle noch daran, was sie im Land eigentlich anders machen wollten. Zweifel sind berechtigt. | HM ■



Offener Brief an Bundeskanzler Friedrich Merz

VON JEFFREY D. SACHS
Professor an der
Columbia University

26. Mai 2026

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler Merz,

als ich Ihnen vor einem halben Jahr einen **offenen Brief** schrieb, habe ich an Deutschland appelliert, die Diplomatie gegenüber Russland zu suchen, anstatt den Krieg zu normalisieren. Sechs Monate später hat sich die Lage in Europa dramatisch verschlechtert. Europa und Russland schlittern in einen offenen Krieg. In dieser Situation tragen Sie, Herr Bundeskanzler, eine einzigartige Verantwortung. Kein anderer europäischer Staats- und Regierungschef – weder in Paris, noch in Warschau, noch in Rom – verfügt über das Gewicht Deutschlands oder hat die Macht, die Sie persönlich besitzen, diese Katastrophe zu verhindern. Werden Sie sich für den Frieden einsetzen?

Sie selbst forderten im Januar 2026 gemeinsam mit Premierministerin Meloni und Präsident Macron die Wiederaufnahme der Beziehungen Europas zu Russland und bezeichneten Russland als „ein europäisches Land“. Dennoch haben Sie die Diplomatie nicht verfolgt. Angesichts der Zukunft Europas, die auf dem Spiel steht, ist dies ein beispielloser Verzicht auf Ihre Führungsrolle. Haben Sie in Ihrer Zeit als Bundeskanzler auch nur einen einzigen substanziellen Dialog mit Präsident Putin versucht? Hat Ihr Außenminister jemals einen substanziellen Dialog mit Außenminister Lawrow versucht? Echte Gespräche, so wie jene, die den Kalten Krieg beendeten? Soweit die öffentlichen Aufzeichnungen belegen, lautet die Antwort: Nein. Nicht ein einziges Mal. Und nicht etwa, weil die Dringlichkeit nicht erkannt worden wäre.

Die vergangenen Tage haben eine gefährliche Eskalation mit sich gebracht, die alle Europäer aufrütteln sollte. Beide Hauptstädte stehen nun unter anhaltendem

Beschuss: Ukrainische Langstreckendrohnen haben tief in Moskau eingeschlagen, darunter auch zivile Ziele. Russische Raketen- und Drohnenangriffe auf Kiew haben sich massiv verstärkt. Ukrainische Drohnen sind in den Luftraum der baltischen Staaten eingedrungen und haben damit die unmittelbare Gefahr eines Zwischenfalls geweckt, der Europa direkt in den Krieg hineinziehen könnte. Ein entsetzlicher ukrainischer Angriff auf eine Jungenschule in Luhansk hat die letzten Reste der Zurückhaltung weiter untergraben. Am 25. Mai informierte Außenminister Sergej Lawrow auf Anweisung von Präsident Putin den US-Außenminister offiziell darüber, dass die russischen Streitkräfte nun „systematische und anhaltende Angriffe“ auf Einrichtungen und Entscheidungszentren in Kiew durchführen. Das russische Außenministerium riet den Vereinigten Staaten und anderen Ländern, „die Evakuierung ihres diplomatischen Personals und ihrer Staatsbürger aus der ukrainischen Hauptstadt sicherzustellen“. Diese Nachricht ist der Auftakt zu einer massiven Eskalation. Diplomatie ist dringender denn je.

Der Weg zur Verteidigung der Ukraine ist nicht die Fortsetzung des Gemetzels, sondern ein Frieden zu Bedingungen, die für alle Parteien akzeptabel sind. Stattdessen droht uns eine Eskalation mit noch mehr Toten, noch mehr Zerstörung und der realen Gefahr eines Krieges, der sich über die Ukraine hinaus ausweitet. Indem Sie immer mehr Waffen, immer größere Kriegskapazitäten und immer lautere Demonstrationen von „Entschlossenheit“ fordern und signalisieren, dass Deutschland sich auf einen Krieg vorbereitet, anstatt an dessen Beendigung zu arbeiten, haben Sie Berlin zum Beschleuniger statt zur Bremse eines europaweiten Krieges gemacht.

Deutschlands Verantwortung: Sechs Punkte

Deutschland trägt eine erhebliche Verantwortung für die gegenwärtige Situation. Bevor die deutsche

Politik auf Frieden ausgerichtet werden kann, muss Deutschlands Vergangenheit ehrlich aufgearbeitet werden. Im Folgenden führe ich sechs schwerwiegende Versäumnisse der deutschen Außenpolitik gegenüber Russland seit der deutschen Wiedervereinigung 1990 auf.

Erstens – der 2+4-Vertrag und die Osterweiterung der NATO

Am 12. September 1990 unterzeichnete Deutschland in Moskau den Vertrag über die endgültige Regelung der Angelegenheiten Deutschlands – den „2+4-Vertrag“ –, der die deutsche Wiedervereinigung vollendete. Dieser Vertrag kam zustande, weil Michail Gorbatschow von Hans-Dietrich Genscher, Helmut Kohl, James Baker und anderen westlichen Staats- und Regierungschefs die feierliche Zusicherung erhielt, dass die NATO nicht nach Osten expandieren würde. Die freigegebenen Akten – darunter die nun öffentlich zugänglichen Memoranden des National Security Archive der George Washington University – sind eindeutig: Diese Zusicherungen wurden gegeben und sollten sich, wie damals klar formuliert, über das Gebiet der ehemaligen DDR hinaus auf Osteuropa erstrecken. Sie wurden 1990 und 1991 bekräftigt. Der 2+4-Vertrag beschränkt die Stationierung von NATO-Truppen in der ehemaligen DDR und erinnert an die Grundsätze der Schlussakte von Helsinki, die betont, dass die Sicherheit keiner Nation auf Kosten der Sicherheit einer anderen gehen darf. Glaubt irgendjemand ernsthaft, dass die Sowjetunion westliche Truppen auf dem Gebiet der ehemaligen DDR ablehnte, aber NATO-Armeen in Warschau, Vilnius oder Kiew gleichgültig gegenüberstand? Natürlich nicht. Die NATO-Erweiterung wurde ausführlich erörtert, und Deutschland gab der sowjetischen Führung ausdrückliche Zusicherungen, die Erweiterung nach Osten zu verweigern – und brach diese später. Deutschland profitierte am meisten von diesen Zusicherungen, die die Gegenleistung für die deutsche Wiedervereinigung dar-

stellten. Doch bereits 1993 begannen deutsche Politiker, diese Zusicherungen zu brechen.

Zweitens – Bundeskanzlerin Merkels eigene Aussage

In ihren Memoiren schreibt Angela Merkel mit bemerkenswerter Offenheit, dass sie zum Zeitpunkt des Bukarester Gipfels 2008 verstand, dass die Einladung der Ukraine und Georgiens in die NATO einer Kriegserklärung an Russland gleichkäme. Sie kannte Russlands rote Linie. Und dennoch gab sie dem amerikanischen Druck nach und akzeptierte die Kompromiss-erklärung, wonach die Ukraine und Georgien irgendwann NATO-Mitglieder „werden können“. Dieser eine Satz setzte die Katastrophen von 2014 und 2022 in Gang. Merkels spätere Offenheit ist ein Geschenk an ihre Nachfolger: Sie hat Ihnen klar und deutlich gesagt, was damals klar war. Deutschland sollte jetzt nicht so tun, als ob nicht.

Drittens – der Verrat am Abkommen vom 21. Februar 2014

Am 21. Februar 2014 vermittelte der damalige deutsche Außenminister Frank-Walter Steinmeier in Kiew gemeinsam mit seinen polnischen und französischen Amtskollegen ein Abkommen zwischen Präsident Janukowitsch und der Opposition. Das Abkommen sah die Wiedereinführung der Verfassung von 2004, die Bildung einer nationalen Einheitsregierung und vorgezogene Präsidentschaftswahlen vor. Präsident Putin wurde konsultiert; das Abkommen wurde bestätigt. Es war ein bedeutender diplomatischer Erfolg in einer Situation heftiger Spannungen und offener Gewalt. Doch innerhalb von 24 Stunden wurde Janukowitsch durch einen gewaltsamen Putsch gestürzt. Deutschland bestand nicht auf dem Abkommen, das es gerade noch garantiert hatte. Stattdessen unterstützte Deutschland, dem Beispiel der USA folgend, die neue Regierung, als ob es nie ein Abkommen gegeben hätte. Diese Entscheidung bestärkte Moskau in der Annahme, dass westlichen Unterschriften nicht zu trauen sei.

Viertens – Minsk II

Im Februar 2015 verhandelte Bundeskanzlerin Merkel persönlich das Minsker Abkommen II im Normandie-Format und sicherte in der am 12. Februar 2015 in Minsk verabschiedeten Unterstützungserklärung Deutschlands politische Unterstützung zu. Sieben Jahre lang wurde die zentrale politische Bestimmung – die Autonomie der Donbass-Regionen innerhalb einer souveränen Ukraine – von Kiew nicht umgesetzt. Deutschland übte keinen Druck auf Kiew aus, die von ihm selbst geforderte Autonomiebestimmung umzusetzen. Merkel räumte später ein, dass das Abkommen als Druckmittel genutzt worden war, um der Ukraine die Wiederbewaffnung zu ermöglichen. Präsident Hollande äußerte sich ähnlich. Die Garantie war also in Wirklichkeit keine Garantie. Sie war eine Strategie – wiederum auf Geheiß Washingtons. Wieder einmal lautete die Botschaft an Moskau: Westlichen Unterschriften kann man nicht trauen.

Fünftens – Nord Stream

Am 7. Februar 2022 verkündete Präsident Biden im East Room des Weißen Hauses – in Anwesenheit des damaligen Bundeskanzlers Olaf Scholz: „Wenn Russland (in der Ukraine) einmarschiert, wird es Nord Stream 2 nicht mehr geben. Wir werden dem ein Ende setzen.“ Auf die Frage nach dem Wie antwortete er: „Ich verspreche Ihnen, wir werden dazu in der Lage sein.“ Sieben Monate später wurden die Pipelines durch einen Sabotageakt in der Ostsee zerstört. Die vorliegenden Beweise – investigative Recherchen in den USA und Deutschland, die Ermittlungen der deutschen Bundesanwaltschaft und öffentliche Aussagen ehemaliger Beamter – deuten überwältigend auf eine gemeinsame ukrainisch-amerikanische Operation hin. Die deutsche Bundesregierung wusste dies schon lange. Und dennoch hat Deutschland zugelassen, dass die öffentliche Schuld entgegen den eindeutigen Beweisen Russland zugeschoben wird, während ein Akt

industrieller Sabotage gegen die deutsche Wirtschaft ungestraft und unbeantwortet blieb.

Sechstens – das Istanbul-Abkommen vom April 2022, das zum Greifen nah war

Nur wenige Wochen nach Russlands Invasion im Februar 2022 trafen sich russische und ukrainische Unterhändler in Istanbul, um die Bedingungen eines Friedensabkommens auszuhandeln: Neutralität der Ukraine außerhalb der NATO, multilaterale Sicherheitsgarantien, vereinbarte Truppenbegrenzungen und die schrittweise politische Lösung der Donbass- und Krim-Frage. Das Abkommen stand kurz vor der Unterzeichnung. Der ehemalige israelische Ministerpräsident Naftali Bennett, einer der Vermittler, bestätigte öffentlich, dass die Einigung kurz bevorstand und dass der Westen – insbesondere die Vereinigten Staaten und Großbritannien – versucht hatte, sie zu verhindern. Die Mission von Premierminister Boris Johnson nach Kiew im April 2022, um die Ukraine anzuweisen, das Abkommen nicht zu unterzeichnen, ist aktenkundig. Hunderttausende ukrainische und russische Menschenleben sowie die gesamte europäische Ordnung haben den Preis für diese US-amerikanisch-britische Intervention bezahlt. Deutschland hat dazu geschwiegen – obwohl Deutschland wie kein anderes europäisches Land die wirtschaftlichen Folgen zu tragen hatte.

Deutschlands wirtschaftliche Selbstzerstörung

Ihre oberste Priorität muss der Frieden sein. Die aktuellen Nachrichten aus Moskau verdeutlichen die Dringlichkeit der Lage. Doch parallel zur ersten Katastrophe bahnt sich eine zweite an: die vorsätzliche Zerstörung der deutschen Wirtschaft, wobei Berlin sowohl Urheber als auch Opfer ist.

Deutschlands Industrie basierte auf dem Handel mit Russland. Die Zerstörung von Nord Stream und der darauffolgende Abbruch der deutsch-russischen Handelsbeziehungen haben dazu geführt,

dass Deutschland Erdgas aus den USA zu Preisen kauft, die um ein Vielfaches höher sind als die Preise des russischen Pipeline-gases, welches es ersetzt. Dies ist industrieller Selbstmord. Deutschlands Chemieindustrie, Stahlindustrie, Glasindustrie, energieintensive Hersteller – das Fundament des Mittelstands – verlieren Tag für Tag an internationaler Wettbewerbsfähigkeit. Qualifizierte Arbeitsplätze verschwinden aus der deutschen Wirtschaft. Und der deutsche Steuerzahler und der deutsche Verbraucher transferieren nationales Vermögen in einem in der Nachkriegszeit Europas beispiellosen Ausmaß von Deutschland zu amerikanischen Gasproduzenten.

Darüber hinaus plant die Bundesregierung nun einen massiven Rüstungsausbau – Hunderte von Milliarden Euro im kommenden Jahrzehnt –, um sich für einen Krieg zu rüsten, der durch Diplomatie leicht hätte verhindert werden können. Dies ist eine eklatante Fehlallokation nationaler Ressourcen. Die zentrale Herausforderung für Deutschland in diesem Jahrzehnt ist die Wettbewerbsfähigkeit im digitalen Zeitalter. Jeder Euro, der für Panzer, Raketen und Artilleriegranaten ausgegeben wird, fehlt Deutschlands KI-Kapazitäten, seiner Chipentwicklung und -fertigung, seiner Energieinfrastruktur und den Hochgeschwindigkeits-Digitalnetzen, die es benötigt, um eine führende Wirtschaftsmacht zu bleiben.

Die bittere Realität, Herr Bundeskanzler, ist: Mit diesen Waffen lässt sich jene Sicherheit nicht erkaufen, die durch Diplomatie zu einem Bruchteil der Kosten erreicht werden könnte. Und ohne die Investitionen in Digitalisierung und Energie, die durch diese Aufrüstung verdrängt werden, ist kein Wohlstand zu erzielen.

Mein Appell: Herr Bundeskanzler, mehr als jeder andere europäische Staats- und Regierungschef sind Sie gefragt, wenn es darum geht, ob Europa in einen allgemeinen Krieg abgleitet oder zu Verhandlungen und wirtschaftlicher Vernunft zurückkehrt. Es ist höchste Zeit zu handeln. Die aktuelle offi-

zielle Botschaft Moskaus an Washington belegt dies eindeutig. Bitte nehmen Sie den Dialog mit Präsident Putin auf. Bitte entsenden Sie Ihren Außenminister nach Moskau oder laden Sie den russischen Außenminister nach Berlin ein. Bitte öffnen Sie die OSZE-Kanäle wieder, die Deutschland verkümmern ließ. Bitte fordern Sie Kiew auf, die Angriffe auf zivile Ziele einzustellen.

Vor allem aber: Sagen Sie der deutschen Öffentlichkeit die Wahrheit. Ein auf der Neutralität der Ukraine basierender Verhandlungsfrieden ist der realistische Weg aus der Katastrophe, und die Wiederherstellung normaler Wirtschaftsbeziehungen mit Russland ist der realistische Weg aus dem industriellen Niedergang Deutschlands.

Die Bedingungen eines akzeptablen Abkommens, das Deutschland vorschlagen könnte, sind klar: Die Kämpfe werden an einer Waffenstillstandslinie eingestellt. Alle Seiten verzichten auf jegliche zukünftige Gewaltanwendung in Grenzfragen. Die Ukraine stellt ihre Neutralität wieder her, die NATO verzichtet dauerhaft auf eine weitere Osterweiterung. Europa und Russland nehmen ihre Wirtschaftsbeziehungen wieder auf und beenden die Kriegstreiberei. Die OSZE wird wieder zum zentralen Forum für europäische Sicherheit, mit dem Grundsatz, dass europäische Sicherheit unteilbar ist und nicht auf militärischen Blöcken beruht, die Europa spalten. In einem solchen Szenario des Friedens kann Deutschland seine nationalen Ressourcen auf die Investitionen in Digitalisierung, KI, Halbleiter und Energie konzentrieren, die Deutschlands wirtschaftliche Zukunft erfordert.

Die Geschichte wird sich daran erinnern, was Sie in den kommenden Wochen tun und was Sie unterlassen. Dasselbe gilt für die deutsche Öffentlichkeit, die Völker Russlands, der Ukraine und ganz Europas. Es ist Zeit für Diplomatie, Herr Bundeskanzler. Sie haben die Wahl.

Hochachtungsvoll,
Jeffrey D. Sachs



Gelinkte Justiz? Na und?

VON HERBERT MAYER

■ „Im November 2021 hat das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe die sogenannte Corona-„Notbremse“ für verfassungsmäßig erklärt. Dabei ging es vor allem um die Schulschließungen vom Frühjahr 2021 und die Ausgangsbeschränkungen, die verhängt worden waren. Das alles habe zwar erheblich in unsere Grundrechte eingegriffen, so ein Sprecher des Bundesverfassungsgerichts, aber „in der konkreten Situation der Pandemie waren die Eingriffe zum Schutz vor großen Gefahren für Leben und Gesundheit gerechtfertigt“. So zu lesen auf der Website der Bundeszentrale für politische Bildung.

Doch auf welcher Grundlage hat das Bundesverfassungsgericht geurteilt? Richtig. Es hat sich auf das RKI berufen, so zumindest die Antwort, wenn man die KI befragt:

„Ja, das Bundesverfassungsgericht hat sich in mehreren Grundsatzenscheidungen, insbesondere während der COVID-19-Pandemie, ausdrücklich auf die fachlichen Einschätzungen und Daten des Robert Koch-Instituts (RKI) berufen.

Das RKI nimmt im deutschen Infektionsschutz eine zentrale Rolle ein, da es laut Gesetz als die besondere Bundesfachbehörde für die Einschätzung der epidemiologischen Lage zuständig ist.“

So weit, so schlecht. Seit der Veröffentlichung der ungeschwärzten RKI-Files weiß man, dass das RKI nicht seine eigenen Erkenntnisse zum Besten gab, sondern – unter dem Druck der Politik – deren Vorgaben zu erfüllen hatte. Wenn also das Bundesverfassungsgericht das RKI gefragt hat, dann kann man davon ausgehen, dass diese Behörde die obersten Richter wissentlich falsch informierte, also regelrecht belogen hat. Wenn das BVG sich einfach auf die Expertise des RKI verlassen hat und so den falschen Informationen aufgefressen ist, ohne sich selbst zu informieren oder gar andere Quellen zu Rate zu ziehen, dann hätte das RKI von sich aus intervenieren und seine Zwangslage dem Richtertribunal erklären müssen. So oder so hat das RKI eine unrühmliche Rolle dabei gespielt.

Aber nun zur Richterschaft. Wenn also alle auf den Betrug des RKI – und genau genommen der

Regierung – hereingefallen sind, dann hätte spätestens nach Veröffentlichung der RKI-Unterlagen den Richtern ein Licht aufgehen müssen. Sie wurden nicht nur falsch informiert, sie wurden wissentlich belogen. Das Urteil beruhte also auf falschen Voraussetzungen.

Unter diesem Aspekt wäre es jetzt das Naheliegendste, das RKI und alle seinerzeit verantwortlichen Politiker wegen Täuschung des BVG anzuklagen. Diese haben den Ruf des Gerichts erheblich beschädigt, wenn nicht sogar die Richter aufs Übelste hereingelegt und vorgeführt. Ich bin kein Jurist. Aber wenn mich eine Behörde, ein Gremium oder Politiker so linken würden, ich würde alles daran setzen, diese Schande nicht auf mir sitzen zu lassen. Denn, wie soll irgendjemand jemals noch Vertrauen in eine Gerichtsbarkeit haben, die sich so zum Narren halten lässt und das einfach abhakt? Ohne Konsequenzen für die Betrüger.

Doch das BVG zieht daraus keine Lehren.

Beim Thema Klima ereignet sich gerade die gleiche Blamage für die höchsten deutschen Richter. Was sagt die KI?

Das Bundesverfassungsgericht (BVerfG) in Karlsruhe hat mit seinem wegweisenden Klimabeschluss vom März 2021 (Aktenzeichen 1 BvR 2656/18) den Klimaschutz verfassungsrechtlich verankert. Das Urteil gilt als Meilenstein für die deutsche Klimapolitik und den Schutz künftiger Generationen.

Das Bundesverfassungsgericht (BVerfG) hat sich in seinem historischen Klimaschutzbeschluss von 2021 zur Ermittlung des globalen CO₂-Restbudgets maßgeblich auf die Daten des Weltklimarates (IPCC) gestützt.

Wir erleben hier gerade ein Déjà-vu. Das Bundesverfassungsgericht verlässt sich bei einer Entscheidung mit einer solchen Tragweite auf ein äußerst zweifelhaftes, politisches Gremium, den IPCC. Genau diese Institution, die seit

Jahrzehnten die Klimadiskussion dominiert und lenkt, leistet gerade den Offenbarungseid. 46 Wissenschaftler des IPCC erklärten nun, dass sie eine entscheidende Modellrechnung wegen mangelnder Plausibilität zurückziehen. Diese Nachricht schlug selbst in den Mainstream-Medien wie eine Bombe ein. Nur nicht bei unserer Regierung, die keinerlei Reaktion zeigte oder Handlungsbedarf sieht. Anstatt sofort die umstrittene Energiewende zu stoppen, macht sie weiter wie bisher. Dabei wäre es erste Aufgabe der Regierung, hier schnellstens allen Klima-NGOs die Gelder zu streichen. Aber können wir von unseren Volksvertretern tatsächlich erwarten, ihren Irrtum einzugestehen? Eher nicht. Oder sind sie auch nur Opfer? Ganz im Gegenteil. Unser politischer Irrwisch Karl Lauterbach trommelt gleichzeitig und wider besseren Wissens mit seinen WHO-Kollegen sogar für einen Klima-Lockdown, so als gäbe es keine neueren Erkenntnisse. Am Festhalten der „Energiewende“ verdienen so viele Investoren, NGOs und Politiker, dass es zumindest in Deutschland unmöglich scheint, diesen Zug, der mit rasender Geschwindigkeit auf den Abgrund zusteuert, noch aufzuhalten.

Wer aber auf der Stelle reagieren müsste ist – genau – das Bundesverfassungsgericht. Denn ähnlich wie bei Corona ist es einem Betrug aufgesessen. Leider zeigt auch dieses Urteil, dass das BVG bei politischen Prozessen den Weg des geringsten Widerstands geht und sich auf eine „regierungsnahe“ Quelle stützt. Kein objektives Gutachten, keine zweite Meinung. Besonders pikant in diesem Fall: „Die damalige Vorsitzende Richterin Gabriele Britz schrieb in den Beschluss Formulierungen, die ihr Ehemann, der ehemalige Vorsitzende der Grünen in Frankfurt, Bastian Bergerhoff, fast wortgleich auf seiner Webseite Monate vor dem Urteil veröffentlicht hatte.“ (Siehe unseren Bericht auf Seite 16/17).

Nun ist es ja nicht verwerflich, dass eine Bundesrichterin mit einem Vorsitzenden der Grünen verheiratet ist. Aber gebieten es nicht der Anstand und die Neutralität unseres höchsten Gerichtes sowie das Ansehen einer Verfassungsrichterin, dass solche Verquickungen unterbleiben? Zumal bei einer so brisanten und folgenreichen Entscheidung? Hätte sich nicht die Richterin selbst in diesem Fall für „befangen“ erklären müssen? Dass ein anderes Urteil herausgekommen wäre, ist eher unwahrscheinlich, aber andererseits zeigt

dieser Fall ein weiteres Mal, dass unsere Justiz nicht mehr unabhängig entscheidet, sondern immer den Regierenden das Wort redet.

Was lernen wir daraus?

Und was lernt die Regierung aus diesen beiden Fällen? Man muss befürchten – NICHTS. Es gilt ein weiter so. Dabei hätten andere Urteile in beiden Fällen unendliches Leid vermieden, viele Ärzte wären in ihrer Auffassung zu den Corona-Maßnahmen bestätigt und nicht – teilweise bis heute – verfolgt worden. Und für viele Richterkollegen wäre es vermutlich leichter gefallen, diesem Druck aus den eigenen Reihen zu widerstehen und nach Recht und Gewissen zu urteilen.

Beim Klima hätte eine objektive und realistische Beurteilung verhindert, dass eine Volkswirtschaft dem grünen Klimanarrativ geopfert wird. Die Konsequenzen sind in beiden Fällen verheerend. Wenn das Bundesverfassungsgericht das anders sehen sollte, so kann man unsere Justiz nur noch als verlängerten Arm der Regierung betrachten. Von der Regierung allerdings ist nichts mehr zu erwarten. Sie sitzt zutiefst im Sumpf der Ideologen und zeigt keinerlei Anzeichen, sich daraus befreien zu wollen. ■

Vogelfrei und Sippenhaft

Im Mai 2025 wurde der in Deutschland lebende Journalist Hüseyin Dođru, ein deutscher Staatsbürger, mit Billigung der Bundesregierung, auf eine Russland-Sanktionsliste gesetzt, ohne Anklage und ohne Prozess – einfach durch einen Beschluss des EU-Rats. Ihm wird vorgeworfen durch seine Berichterstattung über Gaza und propalästinensische Proteste in Deutschland, Teil der hybriden Kriegsführung Russlands gegen den Westen zu sein.

Für den Betroffenen bedeutet dies, dass seine Konten eingefroren, Zahlungen nicht mehr möglich sind und er innerhalb der EU nicht

mehr reisen kann. Dies hat selbstverständlich Auswirkungen auf seine Familie. Dođru ist Familienvater mit drei kleinen Kindern und kann nicht mehr arbeiten, nichts mehr kaufen. Schlimmer: Auch das Konto von Dođrus Ehefrau wurde zeitweise gesperrt und nun wurde selbst das Konto seiner Mutter eingefroren, mit der Begründung, Dođru selbst könnte darüber verfügen. Auch Hilfe von außen ist nicht möglich. Wer immer ihm helfen möchte, kann strafrechtlich verfolgt werden.

Was sind die Grundsätze unserer Rechtsstaatlichkeit noch wert, wenn jemand ohne Gerichtsver-

fahren, ohne Möglichkeit sich zu verteidigen, bestraft wird? Und warum werden Dođrus Ehefrau oder seine Mutter sanktioniert? Auch dies ein Grundsatz des Rechtsstaats: „Keine Strafe ohne persönliche Schuld“. Die Heuchelei der Verantwortlichen in der EU und in Deutschland, die von Demokratie, Meinungsfreiheit, Pressefreiheit und Rechtsstaatlichkeit schwafeln, ist widerlich.

Wer etwas tun möchte: Im Mai wurde vom Verein für Rechtsstaatlichkeit e.V. <https://rechtsstaatlichkeit.eu/> eine Kampagne und Petition für Dođru gestartet <https://free-dogru.com> Red.

WAS DIE 17 ZIELE DER UN-AGENDA 2030 WIRKLICH FÜR DIE MENSCHEN BEDEUTEN

12 NACHHALTIGE/R
KONSUM UND
PRODUKTION



Punkt 12: Nachhaltige Konsum- und Produktionsmuster sicherstellen.

Es wird CO₂-Budgets geben, welche sich am Sozialkredit-Punktesystem des chinesischen Modells orientieren, bei denen jeder Mensch individuell für seinen Konsum oder sein Verhalten bestraft oder belohnt werden kann. Weltweit wird eine digitale Identität eingeführt. Diese wird als Grundlage für die Vergabe von digitalen Wallets, also sogenannten digitalen Brieftaschen benötigt.

Zusätzlich werden im Verlauf der Agenda bereits nach der Geburt jedes Individuums implantierbare, digitale Identitäten vergeben. Alle bisher ausgestellten Dokumente wie Führerschein, Personalausweis, Reisepass, Geburtsurkunde, Grundbucheinträge, Patientenakten, Patente, die Steuernummer werden als digitaler Datensatz für die digitale Identität zusammengeführt. Es wird eine globale digitale Smart-Kontrakt-Instanz auf der Grundlage einer KI geschaffen, die alle Ernährungs-, Nutzungs-, Gesundheits-, Bewegungs- und temporären Eigentumsrechte regelt. Diese bestimmt, wer etwas zeitweise besitzen oder nutzen darf und wie lange dies erfolgt. Vergabe von Mobilitätsrechten, bei denen festgelegt wird, ob und mit welchen Fahrzeugen und in welchem Radius sich der Mensch fortbewegen darf.

Zudem wird geregelt, was er essen darf und welche Substanzen er sich spritzen lassen muss. Universal Monetary Unit (UMU), eine digitale Weltwährung, auf der Grundlage einer Central Bank Digital Currency (CBDC) wird alleiniges Zahlungsmittel. Sie gewährleistet primär die uneingeschränkten Transaktionen zwischen Regierungen, Banken und Konzernen. Das Geldmittel der Besitzer des Grundeinkommens wird hingegen an Bedingungen geknüpft sein und abhängig vom Systemgehorsam stets neu angepasst werden. Die digitalen Zahlungsmittel werden ein Ablaufdatum erhalten und programmierbar sein.

Jeder Mensch wird über die CO₂-Punkte steuerbar sein und die Vereinten Nationen werden darüber bestimmen können, wofür das digitale Geld ausgegeben werden darf. Die der UN untergeordneten Steuer- und Überwachungsinstanzen, Gesundheitsämter, Ärzte und Krankenhäuser und sonstige Institutionen werden in Echtzeit und teils automatisiert Zugriff auf alle Daten er-

halten, um mit Verboten und Strafen in das Konsumverhalten aller Menschen eingreifen zu können. Die Vergabe von Impfungen, Medikamenten und anderen medizinischen Maßnahmen werden an die Wallet gebunden sein, so dass bei Bedarf automatisch belohnt und bestraft werden kann.

Alle Fahrzeuge werden in Echtzeit überwacht. Bei Nichtbeachtung der für das Fahrzeug freigegebenen Zonen und Reichweiten werden die Fahrer in der ersten Phase vorgewarnt und bei zweiter Zuwiderhandlung mit der Stilllegung des Fahrzeugs bestraft. Alle Produkte und Dienstleistungen sowie die Art zu leben, bekommen einen CO₂-Fußabdruck. Dieser wird digital ausgewertet und mit Punkten belohnt oder abgestaft, was sich ebenso auf das Grundeinkommen auswirken wird. Unternehmer werden darüber kontrollierbar, so dass ihnen die Herstellung bestimmter Produkte oder das Angebot bestimmter Dienstleistungen verboten wird, wenn diese gegen die Klimaziele verstoßen.

Um die kommende Enteignung zu erleichtern, wird eine Registrier- und Nachweispflicht für Edelmetalle und Werte aller Art eingeführt. Menschen, die Gold und Silber besitzen und dieses nicht registriert haben, werden es nicht an offiziellen Stellen verkaufen dürfen, weil der Ankauf nur für registrierte Bestände legal sein wird. Die Enteignung von Grund und Boden, um beispielsweise Windkraftwerke, Solarfarmen oder andere regenerative Systeme aufzubauen, wird auf der Basis der Klimaziele problemlos ermöglicht. Menschen, die es sich nicht leisten können, ihre Häuser nach den neuesten Klimastandards umzubauen, werden diese nicht vermieten, verkaufen oder bewohnen dürfen. Bei Verstößen werden die Opfer Gefahr laufen, dass das CBDC-Guthaben so weit absinkt, dass sie sich nicht einmal mehr Nahrung leisten können. Die Konzeption von rein nutzungsorientierten Gebäuden, in denen Menschen entweder schlafen, essen, arbeiten oder unterhalten werden, dient dazu, die Menschen weiter von einander zu isolieren. Die Familie soll so weit es nur geht gespalten und von einander getrennt werden, um den Einzelnen leichter kontrollieren zu können. Während die normalen Bürger enteignet und all ihrer Freiheiten beraubt werden, wird die Elite weiter uneingeschränkt herrschen und alle Annehmlichkeiten genießen können.

<https://t.me/Klartext2021Gemeinsam/33192>

Fortsetzung folgt im nächsten Heft



8 Völkerwanderung – „bunt und vielfältig“ – Eine historische Betrachtung.

VON MARTINA LAABE

■ Menschen machen sich seit Urzeiten auf den Weg, um bessere Lebensbedingungen für sich und ihre Familienverbände zu suchen, aber auch aus Abenteuerlust, Neugierde oder Gier.

Zum allgemeinen Bildungskanon gehörte einst das Wissen über die sogenannte **Indogermanische Völkerwanderung** ca. 4500 bis 4000 vor Chr. Völker – wahrscheinlich aus der Steppe nördlich des Schwarzen und des Kaspischen Meeres – wanderten nach Europa und Asien. Ältere heimische neolithische Bauernpopulationen wurden dabei verdrängt oder absorbiert. Die Indogermanen, mit nomadischer oder halbnomadischer Lebensweise, brachten ihre eigenen Sprachen, Riten, technologischen Innovationen und sozialen Hierarchien mit. Beinahe drei Milliarden Menschen sprechen heute eine der 445 verschiedenen indogermanischen Sprachen.¹ Zu diesen gehören die keltischen, ita-

lischen, germanischen, baltischen, slawischen Sprachgruppen und andere mehr – wie auch die iranischen.² Die Indogermanistik, Anthropologie und Archäologie forschen seit dem 18./19. Jahrhundert bis heute nach dem Ursprung dieser Sprachfamilie, der „Ursprache“, die manche geografisch in Anatolien verorten. Das Adjektiv **germanisch** ist mit der Zeit allerdings unpopulär geworden und wird heute öfter durch **europäisch** ersetzt.

Diese „Wanderungen“ waren keinesfalls koordinierte militärische Unternehmungen, vielmehr geschahen sie in verschiedenen Wellen. Der US-amerikanische Anthropologe David W. Anthony stellt fest, die alteuropäische Bevölkerung sei durch die kriegerische und technische Überlegenheit der einwandernden Stämme in ein „Klientelverhältnis“ gezwungen und abhängig gemacht worden.³ Die sogenannte Schnurkeramik- oder auch Streitaxtkultur zwischen ca. 3000 und 2200 v. Chr. zeigt eine bedeu-

tende Wanderungswelle inmitten Europas und den Übergang von der Stein- zur Bronzezeit.⁴ Als Ursachen dieser Wanderungsbewegungen werden im Allgemeinen klimatische Veränderungen, Missernten, Überbevölkerung und Verdrängungen durch Nachbarstämme genannt. Heute assoziiert man mit „Wanderung“ so etwas wie Freizeit, Natur, Gesundheit und Funktionskleidung, manche halten wandern sogar für ein Zeichen „rechter“ Gesinnung. Um in Anbetracht der damaligen Wanderungsbewegungen jeden möglicherweise romantisierenden Aspekt zu vermeiden, spricht man heute von Migration. Und gewiss ist auch der Bezug zur gegenwärtigen Lage gewollt – nach dem Motto „Migration gab es immer schon, ist total normal.“ Im heutigen Sprachgebrauch also statt **Indogermanischer Völkerwanderung – Indoeuropäische Migration**.

Während die Geschichte der Indogermanen noch etliche Fragen offen lässt, weiß man mehr über die Völkerwanderung in den Jahrhunderten nach Christus.⁵ Franken zogen ab ca. 350 n. Chr. nach Gallien und bildeten den Grundstock des Frankenreichs, Teile der Stämme der Jüten, Angeln und Sachsen setzten im 5. Jh. n. Chr. nach Britannien über und bildeten Königreiche. Der Einfall der Goten in Italien führte 395 zunächst zur Teilung des großen römischen Imperiums in West- und Oströmisches Reich. Dann endete das Westreich „offiziell“ 476 durch die Absetzung des letzten römischen Kaisers Romulus Augustulus durch den gotischen Heerführer Odoaker. Das Ostreich, später Byzantinisches Reich, währte fast 1000 Jahre länger bis zur Eroberung Konstantinopels durch die Osmanen 1453, aber das ist ein anderer Teil der Wanderungsgeschichte der Völker.

Der Einbruch der Hunnen nach Südrussland 375 markiert den Beginn der Völkerwanderung, der Zug der Langobarden nach Italien 568 das Ende. Die späteren Wikingerzüge fanden im 8.–10. Jh. statt, sie sind gekennzeichnet durch neue

Schiffbautechnik, Handel, Raubzüge und Entdeckungen.

Die Namen dieser Völkerstämme lassen erahnen, wie „bunt und vielfältig“ die europäische Geschichte des 1. nachchristlichen Jahrtausends ist. Reiche wurden gegründet oder erobert, Raubzüge getätigt und Kriege geführt, Handel getrieben und neue Lebensräume entdeckt.

Ein Einheitsgrau oder sogar -braun, wie die deutsche Bundesministerin Bärbel Bas für Deutschland beklagt⁶, ist in dieser frühen Geschichte Europas nicht festzustellen. Im Gegenteil, die Wurzeln der heutigen europäischen Staa-

ten, auch Deutschlands, sind vielfältig und im Lauf der Jahrhunderte hat es weitere Wanderungsbewegungen gegeben bis heute. Ein Blick darauf lohnt sich vor dem Hintergrund der aktuellen Migrationskrise.

Die Völker der frühen Jahrtausende und Jahrhunderte haben sich ihr Selbstbestimmungsrecht erwandert, erobert, erkämpft – oder eben nicht, manche sind untergegangen, andere wurden assimiliert. Mit Sicherheit gab es damals Fremdenfeindlichkeit – der Begriff „Rasse“ taucht erst später auf –, Hass und Krieg, aber eher weniger ideologische Projekte zu

Veränderungen der eigenen Population.

(Fortsetzung folgt) ■

1 <https://www.mpg.de/8995790/menschen-wanderung-indogermanische-sprachen>

2 Brockhaus Enzyklopädie 1989, Bd. 10, Indogermanen

3 <https://de.wikipedia.org/wiki/Indogermanen#>

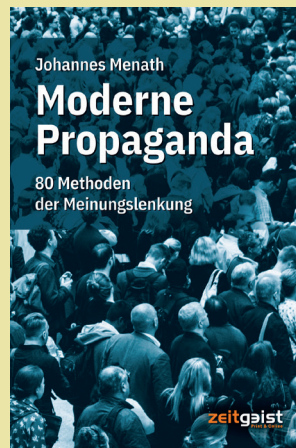
4 https://de.wikipedia.org/wiki/Schnurkeramische_Kultur

5 Brockhaus Enzyklopädie 1989, Bd. 23, Völkerwanderung

6 <https://nius.de/kommentar/baerbel-bas-massenmigration-ideologisches-projekt>

„Nur wer Propaganda als solche erkennt, kann sich dagegen wehren“

„Propaganda ist der Versuch der gezielten Beeinflussung des Denkens, Handelns und Fühlens von Menschen. Wer Propaganda betreibt, verfolgt damit immer ein bestimmtes Interesse.“ So definiert die Bundeszentrale für politische Bildung diesen Begriff. Und sie stellt sehr richtig fest: „Nur wer Propaganda als solche erkennt, kann sich dagegen wehren.“



Deshalb stellen wir aktuell in jeder Ausgabe der UNZENSIERT eine Propaganda-Methode vor. Die Texte sind dem Buch „Moderne Propaganda“ entnommen, das wir in UNZENSIERT 21, S. 5 vorgestellt haben.

(Redaktion)

Johannes Menath,
Moderne Propaganda.
80 Methoden der Meinungslenkung,
Zeitgeist Verlag,
ISBN 978-3-943007-42-8

Gaslighting

Gaslighting ist eine Methode zur Störung des Realitätsempfindens. Der Begriff stammt aus dem Theaterstück „Gas Light“ von Patrick Hamilton aus dem Jahr 1938. Darin treibt ein Ehemann seine Frau in den Wahnsinn, indem er ihr einredet, sie bilde sich real existierende Dinge wie das Flackern der Gaslichter nur ein. Gaslighting zielt darauf ab, die Unterscheidung von Illusion und Realität im Geist des Opfers zu unterlaufen, indem eine starke Autorität behauptet, Dinge, die klar zu sehen sind, seien

nicht existent, oder Dinge, die nicht existieren, seien real. Im Opfer entsteht eine Dissonanz zwischen der eigenen Wahrnehmung und der durch die Autorität vorgegebenen Scheinrealität.

Das Ministerium für Staatssicherheit verwendete die Methode im Rahmen der Zersetzung, um politische Gegner an sich selbst zweifeln zu lassen.¹ Und in „1984“ werden der Bevölkerung paradoxe Aussagen wie „Krieg ist Frieden“, „Freiheit ist Sklaverei“, „Ignoranz ist Stärke“ und „2 + 2 = 5“ als unantastbare Wahrheit präsentiert. Jeder, der diese Widersprüche hinnimmt, unterwirft sich vollkom-

men der Realitätsversion der herrschenden Schicht. Ein solches Vertauschen von guten und schlechten Dingen nennt man auch Inversion. Eine davon betroffene Bevölkerung hält die für sie schädlichen Dinge für gut und die nützlichen Dinge für schlecht. Sie treibt aufgrund dessen aktiv die eigene Versklavung voran, da sie diese für gut erachtet.

1 Vgl. Stangl, Werner: Operative Psychologie. Online Lexikon für Psychologie und Pädagogik, Wien 2022; <https://lexikon.stangl.eu/28095/operative-psychologie>

T.I.N.A.



oder: Was wir tun, ist alternativlos!

VON VOLKER FREYSTEDT

■ Stell dir vor, die Regierung eines Landes würde ihren Bürgern **nahezu alles verbieten**, was diese unter Freiheit verstehen: ihren Wohnort frei zu wählen, ebenso ihren Beruf; sich zu treffen, mit wem sie wollen, wo und wann sie wollen; sich frei zu bewegen; über ihre Gesundheit frei zu entscheiden, ebenso über ihre Ernährung; ihre Kinder nach ihren Vorstellungen zu erziehen; sich Informationsquellen selbst auszuwählen; ihre Meinung frei zu äußern ... Praktisch alles, was im Grundgesetz und in der Charta der Menschenrechte festgelegt ist.

Kaum vorstellbar, oder? Das würde doch keine Bevölkerung mitmachen! Die einen würden bei der nächsten Wahl – so noch eine stattfände! – die Opposition wählen. Andere würden auf die Straße gehen, einige davon vielleicht sogar mit Mistgabeln und Knüppeln!

Aber alles dies wird nicht geschehen. Keine Regierung wird die Massen bewusst gegen sich aufstacheln. Deshalb werden einfach Tatsachen

geschaffen, immer begründet durch **T.I.N.A.** „There is no alternativ“ – „Es tut uns leid, aber die Sachlage zwingt uns zu diesen Maßnahmen!“ Wenn es nützt, geben sich die Mächtigen auf einmal als ohnmächtig aus ...

Beispiele gefällig? Es heißt nicht: Ihr dürft nicht mehr (so viel) fliegen! Sondern: Sorry, es gibt leider kaum noch Kerosin! Die Ölförderung stagniert, die Transportwege sind kriegsbedingt unterbrochen, und zusätzlich hat es in letzter Zeit auch noch weltweit viele Unfälle gegeben in Raffinerien, die das Öl in Diesel, Kerosin etc. umwandeln. Und natürlich ist dadurch auch das Autofahren betroffen – hättest halt rechtzeitig auf Elektro umstellen müssen ...

Oder: Es wird den Bürgern nicht verboten, mehr als ein Stück Fleisch pro Woche zu kaufen. Aber leider haben Tierpandemien dazu gezwungen, ganze Bestände zu vernichten – jetzt gibt es nur noch so wenig Fleisch auf dem Markt, dass nicht nur die Preise durch die Decke gehen, sondern auch die **Zuteilung behördlicherseits ratio-**

niert werden muss. Was dann nicht nur auf Fleisch beschränkt bleibt, sondern – wegen der Mangellage bei Düngemitteln sowie den gestörten Lieferketten – auch auf Agrarprodukte erweitert werden muss.

Geoengineering und andere, tatsächlich „menschengemachte“ Eingriffe (HAARP, DEW) führen zu „Naturkatastrophen“, die Menschen durch Feuer, Fluten oder Erdbeben von Territorien vertreiben, auf denen größere Projekte geplant sind oder in deren Boden sich wichtige Mineralien befinden – zum Beispiel Lithium in Northwest Carolina. Um eine Rückkehr der Bewohner unmöglich zu machen, werden Gefährdungszonen ausgewiesen, für die es keine Versicherungen mehr gibt; oder nur in unbezahlbaren Höhen.

Der **Werkzeugkasten zur Erschöpfung, Kontrolle, Gängelung** und letztlich auch Reduzierung der Bevölkerung ist sehr umfangreich. Digitale ID, Chatkontrolle, Bewegungsprofile, Transaktionsüberwachung, De-Banking, Bargeld-Obergrenze, P(I)andemien, Kriege – und notfalls nimmt man noch eine Bedrohung durch Aliens zu Hilfe.

Großprojekte wie die „Raumfahrt“ dienen dazu, ungeheure Summen verbuchen zu können, während sie – wie immer deutlicher wird – heimlich in den Bau gigantischer unterirdischer Städte gesteckt werden.

Da ist dann **für die tatsächlichen Belange der Bevölkerung kaum noch Geld übrig** – trotz ständig steigender Steuern und sonstiger Abgaben.

Der Niedergang der Wirtschaft wird zur **Massenarbeitslosigkeit** führen, was sich wiederum auf den Wohnungsmarkt auswirken wird – wer kein Geld hat, muss sich auch da einschränken. Wohnen in Mietskasernen wird der Standard werden – **„15-Minuten-Städte“** sind die angestrebte Lösung, wo man alles, was man braucht, in einer Entfernung von 15 Minuten erreichen kann; man könnte es auch anders formulieren: Alles, was man innerhalb dieses Radius nicht vorfindet, steht einem nun mal nicht

zu – aber das wäre politisch inkorrekt ausgedrückt ...

Verteuerung trifft vor allem die ärmere Bevölkerung, **Knappheit** macht sich breiter bemerkbar. Muss man seinen gewohnten Lebensstandard zurückfahren, führt das zu Ärger, psychischer Erschöpfung und Zermürbung. Wer sich überfordert fühlt, nimmt gerne Hilfen an – die **Abhängigkeit vom Staat** wächst noch weiter, und wenn es ganz hart kommt, frisst der verängstigte Bürger der Regierung sprichwörtlich aus der Hand ...

Wenn dann noch in den Medien immer häufiger Horrorberichte auftauchen über **Hungersnöte**, die sich zunächst in Afrika, Teilen Asiens und Lateinamerikas ausbreiten, sind die meisten bereit, ihre letzten Freiheiten einzutauschen gegen die kleinste Chance zu überleben. Aufmucken und Opposition allgemein werden un-

bedeutende Randerscheinungen – und letztlich werden auch **keine Wahlen mehr** stattfinden. Entweder weil der **Notstand** ausgerufen wurde, oder weil dank KI sowieso schon klar ist, was und wen die Bürger wählen würden ...

Schöne neue Welt? Wer darin nicht leben möchte, sollte rechtzeitig mit dazu beitragen, dass es nicht so weit kommt!

Man könnte allerdings auch spekulieren, dass der größte Hebel, einen Strich durch die Rechnung der Unterdrückter zu ziehen, bei denen ist, die über Waffen und somit **Widerstands- und Durchsetzungsgewalt** verfügen. Da gibt es zum einen Privatbesitzer (die den Regierenden schon lange ein Dorn im Auge sind), aber vor allem die in staatlichen Diensten stehende Polizei und ganz vorne die Bundeswehr. Auch wenn diese dem Staat Dienenden sicher noch am besten gestellt sein werden – auch

sie haben Verwandte und Freunde, bei denen es an die Substanz gehen wird. Kann man da lange **wegschauen und brav seine Pflicht erfüllen**? Im Gegensatz zum Dritten Reich, wo der Eid auf den Führer geschworen wurde – das, was ein Graf von Stauffenberg tat, also Hochverrat war – verpflichten sich Staatsdiener heute dazu, **Schaden vom deutschen Volk abzuwenden und nicht etwa von der jeweiligen Regierung**. Bei genauerem Hinsehen könnte so mancher Staatsbeamte also zu der Überzeugung gelangen, dass die Regierung der Bevölkerung immense Schäden zufügt und man zumindest nicht dazu beitragen will. Also Widerstand in irgendeiner Form ausüben, den Dienst verweigern, streiken – am besten natürlich solidarisch und organisiert.

Hoffentlich gibt es in diesem Land genügend Stauffenbergs ... ■

Die 15-Minuten-Stadt

Schon mal gehört? Klingt traumhaft, oder? Alles was Du zum Leben brauchst, der Supermarkt, der Arzt, die Schule, alles nur maximal 15 Minuten von Deiner Haustür entfernt. Sie verkaufen es Dir als das ultimative Upgrade Deiner Lebensqualität. Aber hast Du Dir einmal die Frage gestellt, die sie Dir in den bunten Broschüren nicht beantworten? Wenn alles innerhalb von 15 Minuten erreichbar ist, warum solltest Du dann jemals wieder außerhalb dieses Radius gehen? Das ist keine Theorie für die ferne Zukunft. Das Bundesbauministerium fördert aktuell, Stand März 2026, bereits 14 verschiedene Maßnahmen, um genau diese Strukturen in unseren Städten zu testen.

In Hamburg, München und Berlin werden bereits Kieze isoliert und der Durchgangsverkehr unterbrochen. Offiziell für die Umwelt. Faktisch ist es die Segmentierung der Bevölkerung in kontrollierbare Sektoren. Es ist der Auf-

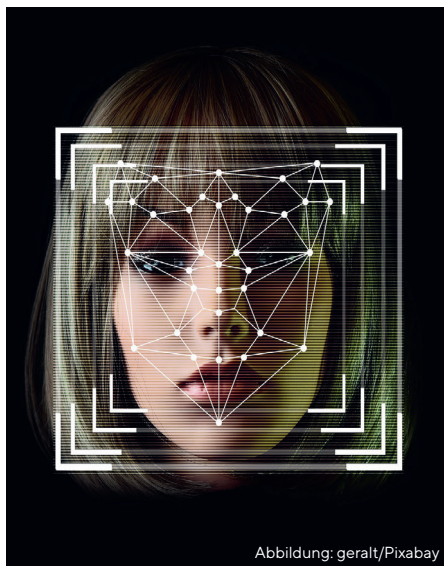


Abbildung: gerald/Pixabay

bau eines Geheges, Stück für Stück. Und wer glaubt, er könne sich diesen Sektoren ungesehen entziehen, unterschätzt die Technik im Hintergrund. Konzepte wie Smart Urbanity stehen bereit. Sie nutzen 6G und das Internet der Dinge, um jede urbane Bewegung in Echtzeit zu tracken. Ein digitales Nervensystem aus Sensoren, das nie-

mals blinzelt. Jetzt verbinde die Punkte. Warum fordern sie genau jetzt die Klarnamenpflicht im Netz? Damit Dein Gesicht, Dein Bewegungsprofil und Deine digitale ID direkt mit Deiner Steuer-ID und Deinem Bankkonto verknüpft werden können.

Wenn der digitale Euro kommt, das programmierbare Geld, schließt sich die Falle. Dann wird Dein Radius nicht mehr durch Mauern begrenzt, sondern durch Deinen Algorithmus. CO₂-Budget für Fahrten außerhalb Deines Sektors aufgebraucht: Transaktion abgelehnt. Sie bauen Dir einen goldenen Käfig. Und sagen Dir, es sei zu deiner Bequemlichkeit. Die 15-Minuten-Stadt ist praktisch, solange Du funktionierst. Aber in dem Moment, wo Du eine eigene Richtung einschlägst, wirst Du merken, dass die unsichtbaren Mauern längst stehen.

<https://t.me/Klartext2021Gemeinsam/63396>

Alles alternativlos?



Abbildung: Pixabay

VON HERBERT MAYER

■ War Deutschland nicht einmal ein Land, dem weltweit Anerkennung gezollt und Respekt erwiesen wurde? Ein Land mit Bildung, Wohlstand, Erfindergeist? Mit weiten Wäldern, schönen Städten und mit Werten, die das Land in der Mitte Europas zu einem Friedensgaranten machten? Und mit einem Grundgesetz, das Gerechtigkeit, Frieden und Einigkeit versprach?

Wann hat sich das verändert? Die Krisenzeiten begannen, als die Banken pleite gingen und mit Steuergeld gerettet wurden. Und die Menschen schwiegen, weil das alternativlos war. Als man aus der Atomernergie ausstieg, hieß es, die erneuerbaren Energien würden in Deutschland neue Arbeitsplätze schaffen, die Natur schützen und das Klima retten. Alternativlos.

Die Menschen arbeiteten, hofften, schwiegen wieder und bezahlten. Und immer präsentierte die Regierung neue Rechnungen. Für die Stabilität, für die Zukunft, für das Überleben. Alles alternativlos. Als die Grenzen geöffnet wurden, war auch das alternativlos, denn man wollte Fachkräfte und bekam neben vielen Schutzsuchenden auch einen Anstieg von Kriminalität und eine nicht mehr zu beherrschende Kostenexplosion. Viele kritische Stimmen wurden ignoriert. Als sie warnten, Deutschland

schafft sich ab, waren sie plötzlich rechts. Und die meisten Menschen schwiegen wieder, denn man wollte sich nicht besorgt, skeptisch, verängstigt, ohne Mitgefühl zeigen.

Dann kamen Viren, die keiner sah, die aber so bedrohlich waren, dass man sich schützen musste. Jeder, überall. Und nicht nur sich, auch andere. Wer sich querstellte, war Nazi. Und aus Angst schwiegen viele wieder und sahen sich erneut einer Alternativlosigkeit gegenüber: Lockdown, Maskenpflicht, Home-schooling, Impfpflicht. Kollektive Angst. Stets wurde erklärt, wie unser Staat schützt. Und die Medien als Sprachrohr der Regierung. GEZ-gebührenpflichtige Desinformation, den ganzen Tag. Und rigorose Maßnahmen, natürlich alles zu unserem Schutz. Selbst der Einsatz von Knüppeln und Wasserwerfern. Und die Mehrheit schwieg weiter.

Mehr Gesetze, mehr Bürokratie, und eine Regierung mit einer mitmachenden Schein-Opposition. Nur keine Kritik am System. Alle Parteien waren sich einig: Kritik kommt nur von rechts. Und sie nannten es „Unsere Demokratie“ und bauten eine Brandmauer gegen die einzig wirkliche Opposition im Bundestag auf.

Dann kam der Krieg. Wie aus heiterem Himmel. Für Putin wohl alternativlos, für unsere Regierung unprovokiert, völkerrechtswidrig.

Und wir hatten plötzlich einen Feind, den vorher niemand auf dem Schirm hatte. Um den Frieden zu sichern, müssen wir Waffen liefern – und Geld, viel Geld. Die Menschen bleiben seltsam ruhig. Krieg bei uns, kaum vorstellbar. Unsere Verbündeten sprengten die Gaspipeline Nordstream 2. Recht so, dem bösen Putin muss man zeigen, wo der Energiehammer hängt. Wir haben ja das Gas aus den USA, das Öl aus dem Nahen Osten. Steigende Energiekosten sind eben auch alternativlos. Unsere Solidarität mit der Ukraine ist unerschütterlich, alternativlos, wenn wir Russland am Einmarsch in Westeuropa hindern wollen. Die Menschen sagten und sagen wieder nichts.

Wer etwas hinterfragte war Nazi und das hat sich bis heute nicht geändert. Und dem Staat geht das Geld aus, aber man kann ja Schulden in unbegrenzter Höhe machen. Es sind ja nicht richtige Schulden, ist ja Vermögen, „Sondervermögen“. Mehr Steuern, weniger Leistung, mehr Kontrolle, weniger Freiheit. Windräder sind die Lösung, Solarparks die Rettung. Beides aus China. Und im Land steigen die Energiekosten und zwingen die ehemals so rührige Industrie immer mehr in die Knie. Sie nennen das Reformen. Und die Konzerne wandern ab. Nur die Rüstungsindustrie boomt und deren Aktien. Wer von unseren Politikern wohl Aktien von Rheinmetall hat, man wird es nicht erfahren.

Das Volk ist krisenmüde. Es hat seine Stimme verloren, selbst die, die bis zuletzt quer dachten. Und sie wählten wie immer, in der irr-sinnigen Hoffnung, dass es diesmal anders wird. Doch im Land herrscht geistige Ignoranz, Arroganz und Stillstand. Das einzige, was sich bewegt, und zwar nach oben, sind die Preise. Und die Leute machten trotzdem wieder ihr Kreuz bei den alten, abgewirtschafteten Parteien.

Der 7. Oktober 2023 war wohl der Beginn eines erwarteten und alternativlosen Feldzugs Israels gegen die Palästinenser im Gaza-Streifen. Das Massaker der Hamas an diesem Tag, war der Beginn einer Kriegsoffensive im Nahen Os-

ten, mit Krieg gegen Gaza, den Iran, den Libanon. Venezuela war ein Vorgeplänkel der USA, jetzt wird es ernst. Für uns alle. Und keine Reaktion unserer Regierung. Die Drecksarbeit muss ja jemand machen. Und so kam es zum unprovokierten, völkerrechtswidrigen Krieg der USA und Israels gegen den Iran. Völkerrechtswidrig? Unprovokiert? Auf jeden Fall alternativlos. Deutschland liefert Waffen an Israel und kauft Waffen in den USA für die Ukraine. Und die Menschen schweigen wieder.

Jeden Tag Drohnen, Bomben, Raketen, Tote, Verwundete, ermordete Staats-Führer, ermordete Zivilisten, ermordete Schulmädchen.

Alles zur Selbstverteidigung. Alternativlos. Und bei uns kümmert man sich um einen gestrandeten Wal und seichte Porno-Promi-Stories, um die Aufstellung der deutschen Nationalmannschaft für die Weltmeisterschaft. Und erregt sich über die Torhüterfrage, die sinnbildlich für Deutschland steht. Warum legen alle im Sport großen Wert darauf, nur die Besten zu nominieren? Warum kann man nicht auch in der Politik nur die Besten ins Feld schicken? Warum reicht da ein mittelmäßiges Talent? Auf nichts kann man sich mehr verlassen. Außer auf die Alternativlosigkeit dieses Landes, oder muss man sagen Perspektivlosigkeit?

War Deutschland nicht einmal ein Land, dem Respekt erwiesen wurde? Ein Land, auf das Verlass war? Ein Land mit Bildung, Wohlstand, Erfindergeist? Mit weiten Wäldern, schönen Städten und mit Werten? Und jetzt? Woke, die Landschaft verspargelt, die Wälder gerodet, die Industrie am Boden, das Stadtbild ein Basar mit Merkel-Pollern. Und die Werte, ja, welche Werte? Die etablierten Parteien stehen schlecht wie nie da. Außer der Alternative für Deutschland. Warum wohl? Und so wie es aussieht, wird es ohne sie keine Veränderung geben. Ob gut oder schlecht? Man wird sehen, ob das alternativlos war. ■

„NIE WIEDER“ gilt für alle!



VON HERBERT MAYER

■ Die Welt sieht auf den Iran und die unsäglichen Machtspiele eines amerikanischen Präsidenten. Drohungen, wüste Beschimpfungen und täglich die Änderung seiner Strategie, die die Märkte in Atem halten, aber im Grunde nur Profite für Spekulanten an der Börse bedeuten. Vor allem für das nahe Umfeld des US-Präsidenten.

Was völlig aus dem Fokus gerät, ist ein weiteres Kriegsgebiet: der Libanon. Während sogenannte „Experten“ rätseln, ob und wie lange angebliche Waffenstillstände halten oder dagegen verstoßen wird, schert das Israel wenig. Mit unsagbarer Härte setzt das israelische Militär seinen angeblichen Kampf gegen die Hisbollah fort, zerstört alles, was im Wege ist und vertreibt große Teile der libanesischen Bevölkerung aus ihren Häusern, um diese anschließend dem Erdboden gleichzumachen. Israels Bestreben, den

Libanon zu besetzen, widerspricht allen Regeln des Völkerrechts. Dass es dabei auf die Waffenhilfe der USA und Europas, im Besonderen von Deutschland, vertrauen kann, ist an Heuchelei kaum mehr zu überbieten. Israel hat im Nahen Osten einen Freibrief. Und während der Libanon zerstört wird und die Menschen getötet oder vertrieben werden, siecht der Gazastreifen weiter dahin. Die palästinensische Bevölkerung lebt dort immer noch in provisorischen Behausungen oder Zelten und kämpft jeden Tag ums Überleben. Sie sind gefangen im Trümmerfeld, das das israelische Militär – zusammenbombardiert – hinterlassen hat. Der von Israel besetzte Teil wird für alle zur Todeszone, die über Israels willkürlich gezogene „gelbe Linie“ versuchen, das Land zu verlassen.

Der Westen schaut weg. Die Menschen schweigen. Dafür sorgen die Sanktionsandrohungen und die „Antisemitismus-Keule“

der deutschen Regierung, mit der alle Israelkritiker mundtot gemacht werden. Kritik an Israel gilt nach wie vor als Tabu. Deutschland macht sich ein weiteres Mal schuldig an einem Genozid. Diesmal nicht an den jüdischen Menschen, sondern an den palästinensischen.

Der deutschen Bevölkerung wird unaufhörlich eingebleut, der schreckliche Genozid an den Juden im Dritten Reich verpflichte sie zu lebenslanger, kritikloser Gefolgschaft Israels. Anstatt den Nachkriegsgenerationen, von denen niemand persönlich schuldig geworden sein kann, ins Gewissen zu schreiben: **Ihr** seid nicht schuldig an den Taten eurer Großväter und Urgroßväter, aber **ihr** müsst dafür sorgen, dass so etwas nie wieder passiert. Das würde aber bedeuten, „nie wieder“ gilt auch für Israel. Doch dazu sind die selbsternannten „Aufarbeiter“ der NS-Zeit und Hüter der Staatsräson hier im Land entweder nicht willens oder nicht in der Lage. ■

Nichts Neues unter der Sonne oder: Alles schon mal dagewesen

Viele sahen in ihm eine verkrachte Existenz – Sohn eines Fabrikanten in Massachusetts, der in Harvard studieren konnte, aber keine Karriere darauf aufbaute. Er wurde das, was man heute „Aktivist“ nennt, setzte sich für die Abschaffung der Sklaverei ein (drei Jahre vor dem Erfolg starb Thoreau mit nur 44 Jahren an Tuberkulose), opponierte gegen den amerikanisch-mexikanischen Krieg (1846–1848). Um Klarheit über sich und die Welt zu gewinnen, lebte er über zwei Jahre im Wald in einer selbstgebauten Hütte beim Walden-Teich. Über seine Erfahrungen und Erkenntnisse schrieb er das berühmt gewordene Buch „Walden, oder Leben in den Wäldern“ (ISBN: 978-3-86820-339-4). Seine Gedanken über die Rolle des Staates schrieb er in einem Essay nieder, der später u. a. von Mahatma Gandhi an seine Anhänger verteilt wurde. Daraus bringen wir einige Zitate, empfehlen den Lesern aber unbedingt, sich diese kleine Schrift, die nur wenige Euro kostet, im Buchhandel zu besorgen! (ISBN: 9781519050601)*



Bild: gemeinfrei

Henry David Thoreau

US-amerikanischer Pädagoge,
Schriftsteller und Philosoph
(1817–1862)

Henry David Thoreau:**

„Über die Pflicht zum Ungehorsam gegen den Staat“ (1849)

(Thoreau-Zitate in Schwarz)

Zum Einstieg wählt Thoreau das Motto eines damals erscheinenden Magazins: „Die beste Regierung ist die, welche am wenigsten regiert.“ Er selbst ginge am liebsten noch einen Schritt weiter: „Die beste Regierung ist jene, die überhaupt nicht regiert!“ Doch als Realist relativiert er sofort: Wenn die Menschen reif dafür sind, wird dies tatsächlich die Form der Regierung sein, die sie haben werden.

Und so, wie er sich gegen die Einführung einer Berufsarmee aussprach: Das stehende Heer ist nur ein Arm der ständigen Regierung – war er auch gegen eine stän-

dige Regierung: Diese Regierung, die nichts weiter als die Form ist, welche das Volk zur Ausführung seines Willens gewählt hat, kann leicht missbraucht und verdorben werden, noch bevor das Volk Einfluss darauf haben kann. Das beweist etwa der mexikanische Krieg, das Werk verhältnismäßig Weniger, die sich der Regierung als ihres Werkzeuges bedienen; denn das Volk hätte dieser Vorgehensweise von Anfang an niemals zugestimmt.

Thoreau sieht in einer Regierung einen Notbehelf, mit dessen Hilfe die Menschen friedlich koexistieren können. Ansonsten meint er, das Volk würde mehr ausgerichtet haben, wenn die Regierung nicht so oft im Wege gestanden hätte. Wenn Handel und Wirtschaft nicht gleichsam auch Gummi wären, könnten sie niemals die Hindernisse überwinden, welche die Gesetzgeber ihnen unaufhörlich in den Weg legen. Und er geht noch

weiter: Regierungen zeigen uns, wie erfolgreich Menschen eingeschränkt werden können und sich sogar freiwillig Beschränkungen auferlegen, wenn es ihrem Vorteil dient. Zur Erinnerung: dieser Text ist von 1849, nicht von 2020!

Selbstreflektierend sagt er: Ich glaube, wir sollten in erster Linie Menschen sein, und dann erst Untertanen. Es ist nicht so sehr erstrebenswert, den Respekt vor dem Gesetz zu kultivieren, als den Respekt vor dem Richtigen. Die einzige Verpflichtung, die ich auf mich zu nehmen das Recht habe, ist die, jederzeit tun zu können, was ich für recht halte.

Leider sieht es aber eher so aus: Die Mehrzahl der Menschen dient dem Staat vorwiegend nicht als Menschen, sondern mit ihren Körpern als Arbeitsmaschinen; sie sind die Armee, die Polizisten, Gefängniswärter, Schutzleute und so weiter. In den meisten Fällen bleibt da kein Raum mehr für eigenes Urteil oder moralisches Gefühl; sie stehen auf derselben Stufe wie Holz und Erde und Steine; vielleicht könnte man Holzfiguren fabrizieren, die

* Alternativ kann man sich den Text auch auf YouTube von Jürgen Fritsche vorlesen lassen:
www.youtube.com/watch?v=IsWiH1-1qwg

** Ausführliche Biographie u.a. hier:
www.naturamentalis.de/magazin/artikel/henry-david-thoreau-ein-leben-zwischen-freiheit-natur-und-widerstand

den selben Zweck erfüllen. ... Andere, wie die meisten Gesetzgeber, Politiker, Advokaten, Pfarrer und Würdenträger, dienen dem Staat vor allem mit ihren Köpfen; doch weil sie selten moralische Urteile zu treffen wagen, können sie – ohne es zu wollen – ebenso gut dem Teufel dienen wie Gott. Nur wenige – Helden, Patrioten, Märtyrer, **Reformer im wahren Sinne – dienen dem Staat auch mit dem Gewissen**, weshalb sie sich ihm, dem Staat, oft widersetzen müssen; und sie **werden gewöhnlich von ihm als Feinde behandelt.** (1849, nicht 2020!)

Das Phlegma seiner Mitmenschen frustriert Thoreau: Sie schweigen ruhig, mit den Händen in den Hosentaschen; sie sagen, sie wüssten nicht, was zu tun sei, und tun eben auch nichts. Menschen, die sogar **die Frage der Freiheit hinter der des Freihandels zurückstellen.** ... Sie zaudern, und sie bedauern, und manchmal unterschreiben sie eine Petition. ... Schließlich geben sie irgendwann bei der Wahl eine billige Stimme ab, als schwache Befürwortung des Richtigen, einen beiläufigen Segenswunsch, das kostet nicht viel, das reicht ihnen. Es kommen neunhundertneunundneunzig Tugendwächter auf einen tugendhaften Mann. ... **Für einen Menschen, dem es – wie es heute heißt – nur um die richtige ‚Haltung‘ geht, hat Thoreau nur Spott übrig:** Der sich durch seinen ausgeprägten Herdentrieb, seinen Mangel an Verstand und seine fröhliche Selbstgefälligkeit auszeichnet ... er sammelt für einen Fonds zur Unterstützung von zukünftigen Witwen und Waisen. Er ist jemand, der es nur mit Hilfe einer Versicherungsgesellschaft, die ihm ein anständiges Begräbnis versprochen hat, riskiert, zu leben. **Und dann gibt es noch diejenigen** Menschen, die zwar den Charakter und die Maßnahmen der Regierung mißbilligen, ihr aber gleichwohl loyale Gefolgschaft leisten; sie sind zweifellos ihre gewissenhaftesten Unterstützer – und somit oft die größten Hindernisse einer Reform.

Die von vielen so hoch geschätzte Demokratie sah Thoreau schon damals kritisch: Alle demokratischen

Wahlen sind eine Art Spiel, wie Schach oder Backgammon, nur mit einem winzigen moralischen Beigeschmack, ein Spiel um Recht und Unrecht, um moralische Fragen; und üblicherweise schließt man auch Wetten darauf ab. Der Charakter des Wählers ist nicht gefordert. Ich gebe meine Stimme ab, mehr oder weniger zufällig, wie es mir recht erscheint; aber ich bin nicht wirklich engagiert dafür, dass das Richtige sich durchsetzt. Das überlasse ich willfährig der Mehrheit.

Dabei fordert Thoreau von seinen Mitbürgern kein Märtyrertum: Ich bin nicht in diese Welt gekommen, um sie zu einem besseren Platz zu machen, sondern, um darin zu leben ... Ein Mensch soll nicht *alles* tun, sondern *etwas*, und weil er nicht alles tun kann, soll er **nicht ausgerechnet etwas Unrechtes tun.** ... Aber wenn ein ungerechtes Gesetz dich zum Werkzeug des Unrechts einem anderen gegenüber macht, dann, sage ich: Bricht das Gesetz. Mach dein Leben zu einem Gegengewicht, um diese Maschine aufzuhalten. Was ich tun muss, ist acht zu geben, dass ich nicht selbst zum Werkzeug jenes Unrechts werde, das ich verdamme.

Quasi als Fazit schreibt Thoreau: Die Autorität der Regierung ist immer unvollkommen: Um nämlich unbedingt gerecht zu sein, muss sie die Vollmacht und Zustimmung aller Regierten haben. Sie kann kein umfassendes Recht über mich und mein Eigentum haben, sondern nur soweit ich zustimme. ... Es wird nie einen freien und wirklich aufgeklärten Staat geben, solange sich der Staat nicht bequemt, **das Individuum als größere und unabhängige Macht anzuerkennen**, von welcher all seine Macht und Autorität abgeleitet sind, und solange er den Einzelnen nicht dementsprechend behandelt.

Persönlich zog Thoreau u. a. die Konsequenz, die Steuerzahlung zu verweigern, was zu einer Übernachtung hinter Gittern führte: In einem Staat, der seine Bürger willkürlich einsperrt, ist es eine Ehre für einen Mann, im Gefängnis zu sitzen.

Für Deutschland ist es eine regelrechte Blamage.



Die Bundesrepublik erhält keinen Sitz im UN-Sicherheitsrat für die Jahre 2027 und 2028. Krachend scheiterte in New York die Bewerbung gegen die Mitkonkurrenten Portugal und Österreich. Die CDU-geführte Landesregierung in Hessen fordert als Konsequenz eine deutliche Reduzierung der deutschen Finanzbeiträge an die Vereinten Nationen. Schließlich ist die Bundesrepublik mit rund 4,4 Milliarden Euro pro Jahr der zweitgrößte Beitragszahler.

Deutschland wollte einen nicht-ständigen Sitz im UN-Sicherheitsrat und verlor. Portugal 134, Austria 131, Germany 104 Stimmen. Außenminister Wadephul schiebt Russland die Schuld zu. Und auch die absolute Unterstützung Israels kostete Stimmen. Die Länder des sogenannten globalen Südens könnten sich wegen der Israel-Solidarität abgewendet haben. Doch auch Annalena Baerbock trage Schuld, findet der Präsident der Münchner Sicherheitskonferenz Wolfgang Ischinger. Die Ex-Außenministerin hatte sich den Job als Präsidentin der UN-Generalversammlung letztes Jahr kurzerhand selbst verschafft, obwohl er eigentlich schon vergeben war. „Der Vorgang im letzten Jahr, bei dem die jetzige Präsidentin der Generalversammlung sich dieses Amt so geschnappt hat, der hat natürlich in New York bei den 200 professionellen Botschaftern nicht gerade neue Sympathien für Deutschland ausgelöst. Das muss man bitte auch zur Kenntnis nehmen.“ *Red.*



„... der Beginn eines neuen deutschen Wirtschaftswunders?“

VON FRITZ VAHRENHOLT

■ Die globale Temperatur ist im April 2026 gegenüber März etwa gleichgeblieben. Sie liegt nun um 0,39 Grad Celsius höher als das langjährige Mittel. Der Abkühlungstrend der letzten beiden Jahre neigt sich dem Ende zu. Der durchschnittliche Temperaturanstieg seit 1979 betrug 0,16 Grad Celsius pro Jahrzehnt. Dieser mäßige Anstieg vertrug sich nie mit den Katastrophenszenarien des Weltklimarats IPCC, der in seinen Horrorszenarien einen Temperaturanstieg von 3-5 Grad Celsius bis zum Jahr 2100 weissagte.

Das ist seit dem 7. April 2026 der Schnee von gestern. Wissenschaftler des Weltklimarates haben an diesem Tag in einer aufsehenerregenden Veröffentlichung die bisherigen Untergangsszenarien kassiert. In Politik, Medien und Wissenschaft müsste dies als eine große Erleichterung aufgenommen werden und zu einer sofortigen Korrektur der Klimapolitik führen. Doch die Diskussion findet in Deutschland nicht statt. Sonder-sendung im ARD, Sondersitzung des Deutschen Bundestages, Regierungserklärung der Bundesregierung zu den fehlerhaften Grundlagen des Klimaschutzgesetzes:

alles Fehlanzeige. Der Klimapanz bleibt aufgebauscht, denn damit konnte man herrlich grüne und linke Politik machen.

IPCC-Autoren verabschieden sich von den Katastrophenszenarien der letzten beiden Weltklimaberichte.

Am 7. April 2026 publizierten 46 IPCC-Autoren, die für die Klimaszenarien des Weltklimarates verantwortlich sind, eine bahnbrechende Veröffentlichung. Unter der Federführung von Prof. Detlef van Vuuren erklärten die Wissenschaftler, dass die bislang in den letzten beiden Klimaberichten von 2013/2014 (AR5) sowie von 2021-2023 (AR6) aufgeführten Szenarien, die zu Temperaturerhöhungen bis zu 5 Grad Celsius im Jahre 2100 führen sollten, „unplausibel“ (implausible) sind. In diesen Szenarien (RCP 8.5) wurde angenommen, dass die Emissionen an CO₂ sich im Verlaufe dieses Jahrhunderts mehr als verdreifachen würden. Da der Weltklimarat in seinen Modellen das CO₂ als den wesentlichen Klimafaktor zugrunde legt, kam man so auf erschreckende Temperaturanstiege. Im Modell RCP 8.5 sollte es nach dem letzten Bericht (AR6) bis zum Jahre 2100 um 4,4 bis 5,7 Grad wärmer werden.

Seit vielen Jahren weisen Wissenschaftler, darunter auch ich (in einem eigenen Kapitel in meinem Buch „Unerwünschte Wahrheiten“, Kap. 39, Langen-Müller, 2020) darauf hin, dass in diesem Extrem-szenario schon 2080 der weltweite Kohlenstoff in Form von Öl, Gas und Kohle erschöpft wäre. Trotzdem hielt man an diesem Szenario fest und beschrieb es sogar als „business as usual“. Der Trick ging weitgehend auf: Das Schreckens-szenario beherrschte die Schlagzeilen der Medien („Bis zu 5 Grad Erwärmung ...“). Mit diesem Szenario wurde im politischen Raum gearbeitet und wurden Gesetze zur Einführung der CO₂-Steuer, Klimaschutzprogramme und Verbrennerverbote begründet. Selbst das Bundesverfassungsgericht stützt sich auf die IPCC-Berichte, die das Gericht als „zuverlässige

Zusammenfassung des aktuellen Kenntnists zum Klimawandel“ ansieht. Das Gericht begründet seine Entscheidung in den Randnummern 19 und 22 seines Beschlusses vom 21. März 2021 wie folgt: „Ohne zusätzliche Maßnahmen zur Bekämpfung des Klimawandels gilt derzeit ein globaler Temperaturanstieg um mehr als 3 °C bis zum Jahr 2100 als wahrscheinlich“ und verweist als Quelle auf den IPCC Bericht von 2012/13 – Zusammenfassung für politische Entscheidungsträger, S. 17f. Dort findet man als Quelle die Grafik, die die Temperaturentwicklung bis 2100 aufgrund des RCP-Szenarios 8.5 beschreibt.

Das Bundesverfassungsgericht nimmt also als Basis seiner Entscheidung eine Temperaturprognose, die mittlerweile als unplausibel verworfen worden ist. Und zwar nicht von irgendwem, sondern von den Wissenschaftlern, die für die Szenarien des Weltklimaberichts verantwortlich sind. Hätte das Bundesverfassungsgericht und nachfolgend die Bundesregierung die damals schon vorhandene Kritik an den völlig ungeeigneten Katastrophenszenarien des IPCC zur Kenntnis genommen – wie man es bei einer solch folgenschweren Entscheidung eigentlich voraussetzen sollte –, hätte man einen solch schwerwiegenden Fehler, der Deutschland ins Unglück stürzt, vermeiden können. Die federführende Richterin Britz schrieb lieber in den Beschluss Formulierungen hinein, die auch schon ihr Ehemann, der damalige Vorsitzende der Grü-

nen in Frankfurt, Bastian Bergerhoff, nahezu wortgleich auf seiner persönlichen Webseite Monate vor dem Beschluss veröffentlicht hatte.

Was sind die neuen IPCC-Weisungen?

Der US-Klimawissenschaftler Roger Pielke Jr. hat die Veröffentlichung der 46 Wissenschaftler vom 7. April 2026 untersucht. Die Veröffentlichung behandelt nur noch sieben Szenarien mit hohen, mittleren und niedrigen CO₂-Emissionen. Das neue hohe Emissionsszenario wird von den Autoren selbst als unwahrscheinlich bezeichnet. Denn danach wird die Emission noch einmal um 30% ansteigen und im Verlaufe dieses Jahrhunderts auch nicht mehr absinken. Dieses neue Hoch-Szenario ist schon deswegen absurd, weil es eine Bevölkerungsexplosion von heute 8,2 Milliarden auf 14,5 Milliarden annimmt. Die heutigen Bevölkerungsprognosen gehen von einer maximalen Bevölkerung von 9 bis 10 Milliarden Menschen in diesem Jahrhundert aus.

Das mittlere Szenario orientiert sich an den aktuellen Prognosen der Internationalen Energieagentur IEA (current policy) und ist wohl die wahrscheinlichste Entwicklung. Sie wird beschrieben als Fortsetzung der heutigen Politik und führt bis 2050 zu ähnlichen hohen Emissionen wie heute und danach zu einem Abflachen der CO₂-Emissionen. Nach den Berechnungen der 46 Wissenschaftler wird damit eine Erwärmung bis zum Jahre 2100 von 2,56 Grad Celsius gegenüber dem Jahre 1860 erreicht.

Da im Jahre 2025 gegenüber dem Basisjahr 1860 bereits eine Erwärmung von 1,45 Grad Celsius festgestellt wurde, geht das mittlere und wahrscheinlichste Szenario von nur noch einer Erwärmung um 1,1 Grad bis zum Jahre 2100 aus.

Das wäre alles andere als eine Katastrophe. Wenn man wie der IPCC annimmt, dass die Erwärmung im Wesentlichen vom CO₂ bestimmt wird, dann kann man auch den Anteil Deutschlands an dieser Erwärmung bis 2100 berechnen. Deutschland hat einen Anteil von 1,46% an der CO₂-Emission der Welt. 1,46% von 1,1 Grad machen 0,016 Grad bis zum Jahre 2100 aus.

Und für die nicht sicher messbare Veränderung zerstört grüne und linke Politik den Wohlstand des eigenen Landes?

Die schlimmste Erfahrung der letzten Wochen ist aber, dass die doch so gute Nachricht, dass die Klimakatastrophe abgesagt werden kann, in Deutschland nicht diskutiert wurde. Wenn man das ernsthaft täte, müssten alle Gesetze, Programme, Subventionen, die den angeblich zu erwartenden Klimanotstand bekämpfen sollen, rigoros abgeschafft werden. Das wäre zwar mehr als peinlich für unsere Klimakämpfer in Regierungen und Medien. Aber es wäre der Beginn eines neuen deutschen Wirtschaftswunders.

1 <https://unerwuenschte-wahrheiten.de/>
Zusätzlich zum Thema:

<https://www.youtube.com/watch?v=3US-2Jd07XQ>

Die UNZENSIERT ist UNBEZAHLBAR!

Deshalb kostet sie Euch Leser auch nichts.

Alle, die an diesem „Magazin für mündige Bürger“ mitarbeiten (Autoren, Layout, Versand, Verteiler), tun dies unentgeltlich. Was allerdings bezahlt werden muss, ist der Druck und das Porto für den Versand. Wer uns dabei unterstützen möchte, überweist einen kleinen Betrag mit dem Vermerk **DRUCKKOSTENZUSCHUSS** an

Kontoinhaber: Herbert Mayer
IBAN: DE06 7336 9920 0101 6079 95

BIC: GENODEF1SFO

UNZ.magazin@posteo.de www.unzensiert-allgaeu.de

In
eigener
Sache

DANKE

an alle, die es uns mit einem Druckkostenzuschuss ermöglichen, das Magazin weiterzuverbreiten.

Unser Dankeschön gilt auch all denen, die unser Heft verteilen und so dafür sorgen, dass so viele Menschen wie möglich erfahren, was in unserem Land schiefläuft.

Ihre Redaktion



Abbildung: KI – Microsoft Copilot

■ *Große Sportereignisse, heißt es immer wieder, brächten die Welt zusammen. Nach all den Differenzen der letzten Jahre, die durch Einnahme unterschiedlicher Standpunkte zu Corona, Klima, Ukraine, Migration, Israel, Trump, Putin usw. entstanden, wären viele ja schon froh, wenn die Familie und der engste Freundeskreis mal wieder zu einander fänden.*

So geht es auch Rudi Radler. Eigentlich hat er mit Fußball nichts am Hut, und mit ihm viele Individualsportler wie Tennis-, Marathon- oder Surfathleten. Doch was nimmt man nicht alles auf sich, wenn es um die Heilung des sozialen Organismus geht! Deshalb:

Rudi Radler guckt Fußball-WM!

VON VOLKER FREYSTEDT

Dafür hat sich Rudi eine Art Trainingsplan zurecht gelegt: Er will ja verstehen, was er sieht, und vor allem: Er will mitreden können, wenn Millionen Simpel erregt fachsimpeln. Also hat er sich in das Regelwerk eingelese, weiß, dass zwei Teams zu jeweils 11 Spielern (davon 1 Torwart, und nur der darf den Ball mit den Händen berühren!) gegen einander antreten; weiß, dass wenn sie einander treten es bunte Karten gibt, die der **Schiedsrichter** (das ist der 23. Mann auf dem Rasen, der aber nicht Fußball spielen darf, sondern nur pfeifen) in den Taschen trägt (wobei die rote Karte bedeutet: ab zum Du-

schen – und nicht etwa ab in den „Strafraum“, der ist für was anderes gut); hat verstanden, dass das ganze Hin- und Hergerecke dazu dient, den einzigen Ball („das Runde“) in das Tor („das Eckige“) der anderen Mannschaft zu befördern. Welches Team das öfter als das andere schafft, hat gewonnen. Manchmal ist das Spiel nach über 90 Minuten eigentlich zu Ende, aber wenn beide Teams gleich viele oder wenige Tore geschossen haben, wird manchmal weitergespielt, bis doch noch das entscheidende **Tor** fällt (das sagt man so, wenn das Runde ins Eckige geschossen wurde, das Tor bleibt in der Regel aber dabei stehen. Apropos: Das Tor besteht aus einer Latte, die auf 2 Pfos-

ten liegt, wobei zur Verwunderung Rudis mal der linke, mal der rechte als „2. Pfosten“ vom Reporter bezeichnet wird.) Man kann den **Ball** auch **köpfen**, aber auch das ist wieder so ein Ausdruck ... also dem Ball passiert dabei nichts, sondern er wird vom Spieler mit dem Kopf in das Tor gestoßen, das darf man, auch wenn dabei der Schädel brummt.

Auch wenn es oft hektisch zugeht – die Spieler müssen voll konzentriert bleiben! Denn einmal müssen sie den Ball in das eine Tor schießen, mal in das andere. Wenn ein Spieler das verwechselt, heißt das zwar „**Eigentor**“, zählt aber für die anderen ...

Natürlich reicht es nicht, sich nur mit dem Regelwerk zu befassen. Deshalb hat Rudi Radler in der letzten Zeit auch häufig Fußballübertragungen im TV angeschaut. Und festgestellt, dass die Kommentatoren offenbar über eine literarische Grundausbildung verfügen. Sie formulieren gerne in Metaphern und teilweise recht kryptisch, also nur für Eingeweihte verständlich. So heißt es zum Beispiel: **Nach 8 Minuten steht es bereits 2:0 – Mannschaft B ist offenbar noch nicht auf dem Platz angekommen!** Rudi zählt nach – und kommt auf 22 Akteure! Oder: **Spieler Z geht in den Ball rein.** Wie soll das gehen bei den Größenverhältnissen? Aber anscheinend wissen die Insider, was gemeint ist. Dann wieder: **Spieler Y attackiert den Ball** – diese kleine hilflose Kugel, denkt sich Rudi. Ein Spieler **verliert den Ball**, ein anderer **versenkt sogar den Ball** – dabei ist weit und breit kein Teich zu sehen, wie z. B. beim Golf. Oder: **Fast alle Spieler sind jetzt wieder hinter dem Ball!** Der Ball ist ziemlich perfekt gerundet – wo bitte ist da vorne und wo hinten, fragt sich Rudi. Überhaupt fällt den Kommentatoren zum Ball Erstaunliches ein und auf: Sie sehen einen **ruhenden Ball** und werden ganz unruhig; wenn eine Mannschaft die andere nicht mehr mitspielen lässt, nennen sie das **Ballbesitz** (was der Schiedsrichter aber duldet); dann sehen sie plötzlich einen **zweiten Ball** oder gar einen

langen Ball (Rudi trotz Brille und HD allerdings nicht). Und wie oft sagt der Reporter: **Spieler X lässt sich fallen!** – der steht aber weiter auf zwei Beinen! Hätte durchaus auch passiert sein können, denn vor dem Spiel wurde von beiden Teams angekündigt, **heute das Herz auf dem Rasen zu lassen!** Allerdings kommt es häufiger zu Notarzteinsätzen unter den Fans – zu viel Alkohol, zu viel Pyro, zu viel Aufregung, oder alles zusammen?

Wenn es über einen Spieler heißt: **Er weiß, wo das Tor steht!**, dann klingt das irgendwie anerkennend – aber das weiß ja inzwischen sogar unser Rudi! Wo sich Rudi Radler auch sofort auskennt: Als es heißt, **der Abwehrspieler wirft sich in den Schuss und bekommt den Ball genau dahin, wo es besonders weh tut!**

Bleibt noch das Thema **ABSEITS!** Zur Feststellung, ob ein solches vorliegt, reichen nicht die beiden Linienrichter, sondern es muss per Computer ermittelt werden, weshalb das Spiel oft minutenlang unterbrochen wird. Braucht es sowas? Rudi will mal nachforschen, wie viele Doktorarbeiten zu diesem abseitigen Thema mittlerweile weltweit eingereicht wurden ...

Wenn das Spiel beendet (**abgepfiffen**) ist, kommt das Mediennachspiel. Dann sagen Spieler des Verliererteams so volksnahe Dinge wie: **Heute haben wir es leider verkackt** – und der Trainer wird zum Diplomaten: **Es ist wirklich Scheiße gelaufen; jetzt müssen wir die positiven Momente herausarbeiten und optimistisch auf das nächste Spiel blicken ...**

Na, da kann Rudi ja richtig was für's Leben mitnehmen! ■

SO OFT DENK ICH ...

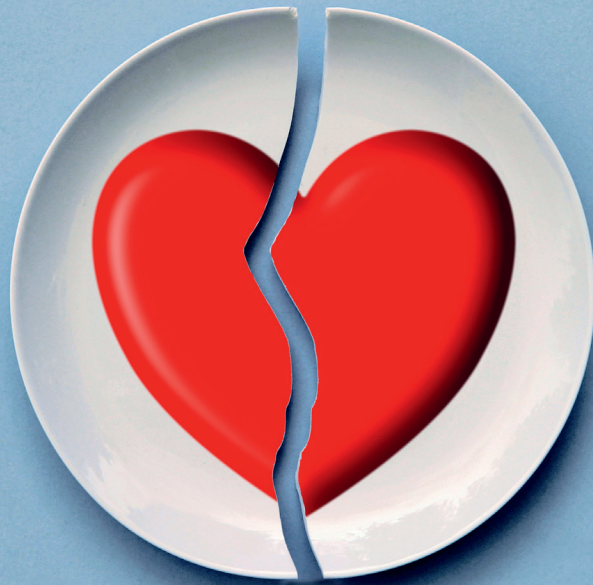


Abbildung: Steve Watts/Pixabay

TEXT: HERBERT MAYER / MUSIK: KI

So oft denk ich, was ist die letzten Jahre nur mit uns und diesem Land passiert. Wohin hat dieser Kampf und diese Sorge um das Leben und das Land uns hingeführt.

Wir dachten, alles wär doch bestens, jeder macht sein Ding zu jeder Zeit, doch beim ersten leisen Lüftchen herrschten Zwist und überall nur Streit.

Menschen, die man so sehr schätzte waren plötzlich weit, weit weg, und wir waren Außenseiter, Reden hatte keinen Zweck.

Unsre Welt war plötzlich anders, nichts schien mehr, wie es mal war, und die Freunde und Begleiter machten sich auf einmal rar.

Kein Gespräch und kein Vertrauen, alles wurde eingestellt, denn mit Nazis und Rassisten spricht man nicht auf dieser Welt.

Ihr seid gegen diesen Staat und ihr seid nicht angenehm, ihr seid Leugner doch von allem, ihr seid gegen das System.

Und so gingen viele Dinge, die im Leben funktionierten, schnell zu Bruch, was viele, dann persönlich spürten.

Ich träum davon, dass sich das alles wieder ändert und so wird, wie es gehört, dass man die Menschen wieder achtet und nicht mehr nur zerstört.

Dass man sich wieder zuhört und wieder miteinander spricht, und dass das schlimme Schweigen jetzt endlich einmal bricht.

Die Zeit ist reif, um zu erkennen, der Staat ist sehr dran interessiert, dass wir nie mehr zusammenfinden, weil das dann seine Kreise stört.

Wir sollen uns nie mehr verstehen und jeder einzeln sich ergeben, doch das kann niemals unser Ziel sein, niemals in unserm ganzen Leben.

Doch dazu müssen wir uns trauen, weil sie uns immer nur belügen, wir müssen ihnen einmal zeigen das wir uns nicht mehr länger fügen.

Die Zeit wird zeigen, wie das Land und seine Menschen sich erneuern, und das Land und seine Bürger in die Zukunft einmal steuern.



UNZENSIERT-SONG
abspielen

re:vision
VERLAG UND REDAKTION

Impressum:

V.i.S.d.P.: Herbert Mayer
Auf der Ludwigshöhe 44, 87437 Kempten
www.unzensiert-allgaeu.de
Titelabbildung: KI-generiert
Sie möchten „UNZENSIERT“ als PDF-Datei?
Sie wollen eine Anzeige schalten?
Sie können uns beim Verteilen helfen?
Schreiben Sie uns: UNZ.magazin@posteo.de
Fremdbeiträge geben immer die Meinung des Verfassers wieder.
Alle Links waren zum Zeitpunkt der Drucklegung aktiv. Inhalt und Verfügbarkeit der Quellen ohne Gewähr.

Zeig mir, dass Du in Deutschland bist, ohne mir zu sagen, dass Du in Deutschland bist.

Kein Witz: Die Feuerwehr in Reichelsheim (Hessen) ist neuerdings mit dem Lastenrad unterwegs. Da kann man nur hoffen, dass man in der Nähe der Feuerwache wohnt, wenn es brennt. Und es darf nur ein kleiner Brand sein, denn viel Ausrüstung kann man mit dem Fahrrad kaum transportieren. Ob ein 10-Liter-Wasserkanister ausreicht, um ein brennendes Haus zu löschen?

<https://t.me/kenjebesen/20121>

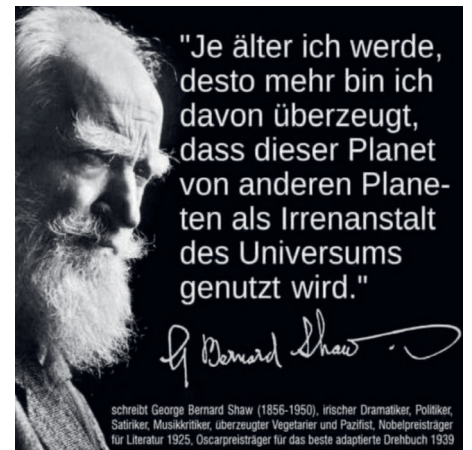


Kein Fake! Die EU schützt, was IHR wichtig ist und die, die IHR nützen!

https://commission.europa.eu/protect-what-matters-our-democracy_de

Es ist ganz ratsam, hin und wieder mal einen Blick in ein altes Wörterbuch zu werfen; hier das Langenscheidt-Lexikon aus dem Jahr 1977:

III. v/i. 5. **trumpfen** ausspicien, trumpfen, stechen.
trumpfen ³ [tramp] v/t. ~ up erdichten, zs.-schwindeln, sich aus den Fingern saugen; **'trumped-up** [tramp] adj. erfunden, erlogen, falsch: ~ charges.
trumpery ['trampəri] I. s. 1. Plunder m, Ramsch m, Schund m; 2. fig. Gewäsch n, Quatsch m; II. adj. 3. Schund..., Kitsch..., kitschig, geschmacklos; 4. fig. billig, nichtsagend: ~ arguments.
trumpet ['trampit] I. s. 1. Trompete



Wir Deutschen, wir denken ja immer, wir machen das super. Immerhin haben wir ja die drei hervorragenden Eigenschaften: **ehrllich, intelligent und staatsgläubig.**

Nun ist es aber so, dass das nie bei allen Deutschen gleichzeitig auftaucht: Entweder sie sind ehrlich und intelligent, dann sind sie nicht **staatsgläubig.** Oder, sie sind intelligent und staatsgläubig, dann sind sie nicht **ehrllich.** Oder, sie sind ehrlich und staatsgläubig, dann sind sie nicht **intelligent.**

Arnulf Rating, Kabarettist

